

P. XVIII/195

Bonn, den 14. Oktober 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	Abchied von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer ----- Günter Markscheffel	148
4	Bestandene Nervenprobe ----- Zum Zwischenspiel an der Berliner Autobahn	45
5	Bundesrepublik im Rückstand ----- Saa von Atomkraftwerken hat sich verzögert	44
6	Ist der Hausarzt überflüssig ? ----- Weltgesundheitsorganisation verneint die Frage Von Bruno Kuster, Genf	50

\*\*\*\*\* VORANKÜNDIGUNG \*\*\*\*\*

In letzter Zeit ist in der Öffentlichkeit mit mehr oder weniger Sachkenntnis die Frage diskutiert worden, ob Bundestagsabgeordnete in jedem Falle Straffreiheit genießen. Bundestagsabgeordneter

H. G. R i t z e l,  
Vorsitzender des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität  
und Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages,

untersucht im SPD-Pressediens t von D i e n s t a g, den 15.  
Oktober 1963, ob Abgeordnete wirklich in jedem Falle immun  
sind?  
ES IST VIELES GANZ ANDERS !

\*\*\*\*\*

Chefredakteur Günter Markscheffel

Abschied von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer

Gunter Markscheffel

Der aus dem Amt scheidende Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer verabschiedet sich so, wie man es von ihm erwarten konnte und mußte. Er gibt Freunden und Gegnern keine Rätsel auf. So hat es Dr. Konrad Adenauer schon als Oberbürgermeister von Köln gehalten. Wahrscheinlich ist es eine seiner hervorragendsten Eigenschaften, so unausprechlich offen zu sein, daß diese Offenheit gleichzeitig eine Tarnung ist.

\* \* \*

Für uns ist Konrad Adenauer ein politischer Gegner. Er genießt unseren Respekt als der Mann, dessen Zähigkeit im Amt des Bundeskanzlers dazu führte, daß der westliche Teil Deutschlands, die Bundesrepublik, Aufnahme in die Gemeinschaft der freien Völker fand. Aber niemand vermag zu sagen, ob der Bundeskanzler Dr. Adenauer dieses Ziel im Wissen um dessen Begrenztheit anstrebte. Der westliche Teil Deutschlands ist nicht Deutschland, sondern nur ein Teil, der stellvertretend für das ganze deutsche Volk sprechen will und kann. Auch weiß niemand, ob der Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer die Vision einer geeinten deutschen Nation in einem Staat hatte oder ob er glaubte, nichts anderes Formen zu können, als das, was heute die Bundesrepublik ist.

Anderer, nicht weniger bedeutende Männer, ein Kurt Schumacher, ein Ernst Reuter und mit diesen die Deutsche Sozialdemokratie, hatten die Ziele der deutschen Politik weiter gesteckt. Ihre Politik war von Anfang an auf das ganze Deutschland gerichtet. Sie sagten es offen und handelten danach. Vielleicht liegt hier der tiefere Grund für die oft scheinbar unüberbrückbaren Gegensätze, die sich in den ersten Nachkriegsjahren zwischen den großen politischen Parteien in der späteren Bundesrepublik gebildet hatten.

\* \* \*

Aber ein Konrad Adenauer wäre gescheitert, hätte nicht die Sozialdemokratie ihr Bekenntnis zum Grundgesetz der Bundesrepublik abgelegt und dieses durch ihr unermüdliches Drängen nach einem sozialen Inhalt des jungen Staates die Substanz gegeben, die notwendig war, um dem Ansturm der kommunistischen Diktatur standhalten zu können; und die Bundesrepublik hätte nie das werden können, was sie heute ist, wäre die Bevölkerung der deutschen Hauptstadt Berlin unter Führung der Sozialdemokratie nicht entschlossen und fähig gewesen, den Verlockungen kommunistischer "Einheitsparolen" zu widerstehen. Nicht der scheidende Bundeskanzler hat die deutsche Arbeiterbewegung dem demokratischen Staat verpflichtet. Sie tat es selbst schon in der Republik von Weimar und setzte das Werk des Heranführens der Arbeiterschaft an den Staat nach dem zweiten Weltkrieg fort. In anderen westlichen Ländern, so in dem von Christdemokraten geführten Italien und in dem ebenfalls lange Zeit von christlichen Politikern regierten Frankreich verfügen die kommunistischen Parteien auch heute noch über die stärksten Organisationen.

\* \* \*

Staatsmänner - und Adenauer ist ein Staatsmann - werden im Rückblick auf ihre Tätigkeit nicht nach ihrem mehr oder weniger lobenswerten menschlichen Verhalten gemessen. Ihr Wert mißt sich nach ihren Taten, aber auch diese sind einer unterschiedlichen Betrachtungs-

weise unterworfen. So mag es außer dem Positiven, das man gerade in diesen Tagen überall an Adenauer lobt, auch manches Negative geben, das erwähnt werden muß, wenn man als Verantwortlicher eines Publikationsorgans der parlamentarischen Opposition den nun fast 88-jährigen ein Abschiedswort widmet.

\* \* \*

Das Positive an Adenauer ist sein Sinn für die Vereinfachung und das Erkennen des Möglichen. Hier war er, besonders als Bundeskanzler, Meister. Er nennt sich selbst einen christlichen Politiker, aber es ist charakteristisch für ihn, daß er in seiner großen Abschiedsrede vor der CSU in München als die hervorragendsten christlichen Eigenschaften nicht die Wahrheitsliebe und die Demut, sondern die Klugheit bezeichnete.

Konrad Adenauers politische Klugheit manifestierte sich lange Jahre in der richtigen Einschätzung der Bedürfnisse früherer Kriegsgegner Deutschlands und späterer Bundesgenossen der Bundesrepublik. Es gab eine Zeit, in der man von einer "Ära Adenauer - Dulles" sprechen konnte, was gleichbedeutend war mit der Identität der Interessen der kleinen Bundesrepublik und denen der großen USA.

In dieser Zeit entstand auch das von Adenauer geprägte Wort: "Keine Experimente!", jener politische Wegweiser in den Stillstand und die Zementierung des einmal Gegebenen. Es mag sein, daß viele Deutsche dem scheidenden Bundeskanzler gerade wegen dieses Wortes gefolgt sind. Sie wünschten nach dem Zusammenbruch Ruhe, wollten keine Experimente, dachten dabei aber wohl kaum daran, daß die Versteinerung der deutschen Politik kein Vorwärts im Sinne der Erfüllung unserer nationalen Aufgaben sein konnte.

Man sollte jedoch niemandem daraus einen Vorwurf machen, denn die Sehnsucht nach Ruhe war nach einem so fürchterlichen Zusammenbruch, wie ihn unser Volk 1945 erlebte, durchaus legitim. Eine andere Frage ist es, ob eine Staatsführung ihre Pflicht erfüllt, wenn sie nicht mehr tut, als ein Volk in diesem Wunsch zu bestätigen.

\* \* \*

In diesem Zusammenhang gestellt gehört aber auch der Begriff von der Gefälligkeits-Demokratie, der während der Kanzlerschaft Konrad Adenauers entstanden ist. Wie oft geschah es, daß kurz vor entscheidenden Wahlen Interessengruppen oder -verbände an der Tür des Kanzlers klopfen, dort ihre Forderungen vortragen und wenige Stunden später mitteilen durften, Konrad Adenauer habe ihnen dieses und jenes versprochen.

Auch hier wird mancher sagen, der Kanzler habe politisch klug gehandelt, denn sonst hätte er nicht Wahlen gewinnen können. Es ist aber eine Frage, ob diese Art von Klugheit einem Gemeinwesen auf die Dauer gut bekommt.

Die Antwort hierauf zu finden kann nicht Aufgabe eines Abschiedswortes sein. Sie ist eine Aufgabe der Politik und vielleicht der Geschichte. Sie wird hier nur gestellt, um zum Nachdenken darüber anzuregen, ob unser Gemeinwesen tatsächlich so solide ist, wie es vielfach gerade im Zusammenhang mit der Verabschiedung Konrad Adenauers dargestellt wird.

\* \* \*

Dem Scheidenden pflegt man Gutes nachzusagen. Wer diese Regel des allgemeinen Wohlverhaltens nicht beachtet, gilt meist als Störenfried. Aber da Konrad Adenauer zwar von der Bühne abtritt, auf der er bisher gestanden hat, jedoch als Persönlichkeit und Begriff mit der deutschen Politik verbunden bleibt, ist mehr notwendig, als ein Lobgesang.

Konrad Adenauer hat sein eigenes Format. Seine Gedanken wurzeln noch in der Welt des vergangenen Jahrhunderts. Wenn er als Abgeordneter und Vorsitzender der CDU in die Politik eingreifen wird, dürfte er auch weiterhin an das Denkschema dieser Zeit anknüpfen. Verbunden mit rheinischer Unbefangenheit, aber gebunden an sein Erleben und an seine Erfolge, wird er sicher versuchen, dem Geschehen seinen Stempel aufzudrücken. Die einen werden darüber lächeln und zur Tagesordnung übergehen, die anderen werden nach wie vor Konrad Adenauer ernst nehmen und von ihm immer wieder sagen, er sei ein kluger Mann.

\* \* \*

Der aus dem Amt scheidende Politiker wird auch nach dem gemessen, was er hinterläßt. Aber nicht die Anzahl der im Amt verbrachten Jahre, sondern die Summe der Leistungen und der Zustand des ihm während der Amtszeit anvertrauten Gutes sind wertbar. Und da gibt es trotz hervorragender Arbeitsleistungen unseres g a r z e n Volkes, die fälschlicherweise allzuoft als Leistung e i n e r Regierung oder e i n e s Mannes dargestellt werden, einige doch recht erhebliche Minuspunkte.

Die großen Gemeinschaftsaufgaben unseres Volkes sind vernachlässigt worden. Was nützt es, wenn wir stolz auf den privaten Wohlstand verweisen, aber nicht genug Schulen und Universitäten haben.

Was ist es für ein Zustand, wenn unsere Regierung zu jedem Ferienbeginn die Bürger auffordert, nach Möglichkeit die von den Steuergeldern der Bürger gebauten Strassen wegen Überfüllung zu meiden?

Oder können wir uns "auf der Höhe befindlich" nennen, wenn wir uns eingestehen müssen, daß die Versorgung unserer alten Menschen und der Opfer des Krieges in keinem rechten Verhältnis zu den Leistungen unserer Gesamtwirtschaft stehen?

Auch ist es nicht gerade erhebernd, jeden Tag hören zu müssen, daß wir es nicht fertiggebracht haben, eine den Erfordernissen der modernen Zeit angemessene Gesundheitspolitik zu entwickeln. Es ist auch fraglich, ob in der Ära Adenauer das Selbstbewußtsein unseres Volkes so aufgebaut wurde, wie es eigentlich die Pflicht der Regierung eines demokratischen Staates wäre.

Gewiß, mancher wird sagen, es hätte noch schlimmer kommen können, und die Tatsache, daß wir wenigstens in der Bundesrepublik in Freiheit leben, sei auch schon etwas wert. Das ist richtig, aber wie oft mußte die Freiheit gegen eine sich als Staat fühlende Mehrheitspartei und Bürokratie gesichert werden. Das alles hinterläßt Konrad Adenauer seinem Nachfolger Ludwig Erhard; ganz zu schweigen davon, daß die Problematik der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit immer noch offen ist.

Wir nehmen Abschied von dem Bundeskanzler Adenauer, der seine Zeit überdauert hat. Das Neue ist im Werden. Es zeichnet sich ab in den gewaltigen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Umwälzungen der modernen Welt. Es findet seinen Ausdruck in der Entdogmatisierung der Politik und ist im Begriff, die Grenzen des Handelns eines Konrad Adenauer zu überschreiten.

+ + +

- 4 -

Bestandene Narvenprobe.

Zum Zwischenspiel an der Berliner Autobahn

ler - Es bleibt unerfindlich, was die Sowjetregierung bewegen hat, einem amerikanischen Militärkonvoy für 36 Stunden den Zugang nach Berlin-West zu sperren. Ein Übergriff untergeordneter Organe kann es nicht sein, denn nichts, was im gewaltigen Sowjetreich geschieht, geschieht ohne Wissen oder Billigung der Männer des Kreml. Vielleicht wollte der Kreml, die allgemeine Sehnsucht nach Entspannung und Friedenverstärkenden Aktionen ausnutzend, mit der zeitweisen Blockierung der Berlinzufahrt seinen Willen demonstrativ bekunden, daß er in der Frage Berlin nicht bereit ist, auch nur ein Jota von seinen ursprünglichen Forderungen nachzugeben. Es ging ihm vielleicht auch darum, die Festigkeit der Vereinigten Staaten auf die Probe zu stellen. Die Regierung der USA nahm diese Herausforderung sehr ernst, Kennedy und sein Außenminister Rusk führten mit ihren Beratern pausenlose Gespräche, und sie ließen Moskau wissen, daß für Washington der freie und ungehinderte Zugang nach Berlin-West kein Objekt der Erpressung ist. Ihre feste Haltung fand Belohnung. Der "Zwischenfall", dem Moskau nachträglich nur die Beförderung einer "Bagatelle" gab, ist erledigt, zum Mißvergnügen mancher, die aus den "Vorfällen" an der Berliner Autobahn eine Verschärfung der Lage und ein Ende aller Versuche einer Entspannung erwarteten ...

Die zweitweise Blockade des Zugangsweges nach Berlin-West zeigte wieder einmal, wie dünn der Boden ist, auf dem die beiden Weltmächte in der Berlin- und Deutschlandfrage stehen. In anderen weltumspannenden Bereichen wie Atomtestabkommen, Neutralisierung des Weltraumes, gegenseitiges Kulturabkommen, gibt es gemeinsame Interessen oder es hat die Suche danach, solche zu finden, eingesetzt. Beide Weltmächte schwimmen auf dem Strom der Weltmeinung, wenn sie auch bemüht sind, dem Wettlauf der Rüstungen Einhalt zu gebieten und ein Klima zu schaffen, das Schritte vom Abgrund eines atomaren Krieges hinweg ermöglicht. Jedes, die Sicherheit des Westens nicht gefährdende Abkommen zwischen Washington und Moskau findet oder wird finden die Zustimmung der Deutschen.

Auf dem Boden unseres gespaltenen Vaterlandes wirkt sich jede Zuspitzung der Lage am Unheilvollsten aus; in dauernder Gegnerschaft erstarrte Russen und Amerikaner liessen das Tor für eine Wiedervereinigung für unabschbare Zeiten zu. Der Entspannungswille hat sich freilich, was Berlin und Deutschland angeht, bei der Sowjetunion und ihrem gefügigen Werkzeug Ulbricht noch nicht bemerkbar gemacht, ja, es hat den Anschein, daß unter dem Deckmantel der Entspannung auf deutschem Boden nach neuen Konfliktmöglichkeiten gesucht wird. Die Menschenrechte bleiben den Bewohnern Mitteldeutschlands verwehrt, der Schießbefehl an die Vopo bleibt bestehen, Familien bleiben willkürlich getrennt, Ulbricht läßt nicht ab, vom Segen Moskaus begleitet, sein Schäfehen ins Trockene zu bringen; hier, in diesem Bereich, töbt noch der kalte Krieg in aller Erbarmungslosigkeit. Solange hier Moskau selbst nicht einsichtig wird oder zur Einsicht gebracht werden kann, solange kann von dauerhafter Entspannung wohl leider nicht die Rede sein.

### Bundesrepublik im Rückstand

#### Bau von Atomkraftwerken hat sich verzögert

ap - Im Bundesgebiet wird zur Zeit der Bau von drei Atomkraftwerken geplant. Der NRW-Ministerpräsident Dr. Franz Meyer hat bekanntgegeben, daß die Vereinigten Elektrizitätswerke Dortmund im Kreis Lübbecke in Ostwestfalen ein Atomkraftwerk für über 250 Millionen DM bauen wollen. Direktor Keltzsch vom Vorstand der Nordwestdeutschen Kraftwerke hat mitgeteilt, in Wiesmoor (Ostfriesland) solle etwa 1967 ein Kernkraftwerk mit einer Leistung von 40 MW in Betrieb genommen werden. Das EWG-Anpassungsprogramm der schleswig-holsteinischen Landesregierung sieht die Errichtung eines Atomkraftwerks mit dem vermutlichen Standort an der Biederwinding vor und hat einen Finanzierungsplan von 60 Millionen DM für die Entwicklungsphase aufgestellt.

Diese Projekte sind deshalb von besonderem Gewicht, weil die europäische Kernenergieagentur der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mitgeteilt hat, daß Kernenergie um 1970 herum in der Lage sein werde, mit jenem Strom zu konkurrieren, der aus Wasserkraft, Kohle, Öl oder Torf gewonnen wird. Zugleich geht aber aus dem Bericht der Agentur hervor, daß die Bundesrepublik im Bau der Atomkraftwerke schon weit ins Hintertreffen geraten ist. In Westeuropa werden nämlich bereits gegenwärtig 1,6 Millionen Kilowatt durch Atomenergie erzeugt, und bis 1968 werden es neun Millionen Kilowatt sein, wobei die Bundesrepublik dann immer noch nicht voll beteiligt ist.

Nach den Engländern mit ihren Calder-Hall-Projekten hat sich jetzt Schweden mit supermodernem Projekten nach vorn geschoben. Die Stockholmer Vorstadt Farsta mit ihren 30 000 Einwohnern wird seit einigen Wochen vollständig von einem unterirdischen Atomkraftwerk versorgt. Das für 160 Millionen DM gebaute Kraftwerk liefert der Stadt elektrische Energie und die gesamte Heizungswärme dazu. Der Druckwasserreaktor wird dabei als Großversuch angesehen, denn schon hat der Bau des Mörviken-Kraftwerks begonnen, das ab 1968 jährlich 200 000 Kilowattstunden aus Uran erzeugter Energie abgeben wird. 1972 soll nach dem fest umrissenen schwedischen Atomkraftplan ein Großkernkraftwerk mit einer Jahresleistung von 500 000 Kilowattstunden kritisch werden.

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesrepublik tatsächlich alle Anstrengungen notwendig, um im Fortschritt der Völker mitzuhalten. Zwar geht das Programm der deutschen Atomkommission davon aus, daß bis 1967 rund 2,5 Milliarden DM in die Atomforschung und den Bau von atomtechnischen Anlagen investiert werden sollen. Daneben geistert aber immer noch ein Minimalprogramm durch die Ministerien in Form, wonach man unrentable Baby-Reaktoren für die Notstromerzeugung im Katastrophenfall vorziehen will. Zusammenfassend sollte gesagt werden, daß die 2,5 Milliarden DM nicht ausreichen und daß nunmehr ein gezieltes Bauprogramm und ein langfristiger Finanzplan herauskommen müssen, damit endlich der Bau von großen Atomkraftwerken in Deutschland vorankommt und in geordnete Bahnen gelenkt wird.

## Ist der Hausarzt überflüssig ?

Von Bruno Kuster, Genf

Wird der Hausarzt mit seiner Instrumententasche ebenso von der Pflanzfläche verschwinden wie der Schuhmacher an der nächsten Ecke, der Schreiner oder Glaser? Ist die Medizin ebenfalls zur hochspezialisierten "Großproduktion" übergegangen, die mit ihren Kliniken, Laboratorien und Forschungsinstituten den "Handwerker" überflüssig gemacht hat? Man müßte es fast annehmen, ist doch die Zahl der praktischen Ärzte in den Vereinigten Staaten in nur dreißig Jahren auf fast ein Drittel zurückgegangen. Aber auch in anderen Ländern, wie in England, Schweden, der Sowjetunion und Israel wird der Hausarzt - sofern überhaupt noch vorhanden - als ein zum baldigen Untergang verurteilter Überrest der Vergangenheit beurteilt. Die Zukunft gehöre ausschließlich den Spezialisten, meinte man wenigstens bis noch vor kurzen. Aber überall wird der Mangel an praktischen Ärzten, die sich noch die Mühe nehmen und Zeit haben, einen Kranken zu besuchen, bitter beklagt.

### Mit Schnapfen in die Klinik

Angesichts der widersprüchlichen Auffassungen über die Zukunft des praktischen Arztes hat die Weltgesundheitsorganisation kürzlich eine Expertengruppe zusammengerufen, die zu völlig eindeutigen Schlussfolgerungen gelangte:

- \* Der praktische Arzt bleibt auch in Zukunft ein absolut notwendiger Helfer im Kampf gegen die Krankheit und für die Gesundheit, man muß aber sorgen, daß er seinen gewachsenen Aufgaben gerecht werden kann, ohne sich selbst zu opfern.

Jene Länder, die den praktischen Arzt etwas vorsilig "begrußen", müßten sehr bald feststellen, daß die Spitäler von Kranken belagert werden, die ebenso gut zu Hause hätten gepflegt werden können. Aber die Selbstbehandlung kostet drei- bis viermal mehr als eine gleichwertige Hauspflege.

### Unentbehrlicher Vermittler

Drei Gründe mögen hauptsächlich dazu beigetragen haben, daß sich verhältnismäßig nur noch wenig junge Mediziner für die Laufbahn des praktischen Arztes entschließen können: erstens die wenig verlockenden materiellen Aussichten; zweitens die vielleicht etwas snobistische Überbewertung des Spezialisten, und drittens die Unmöglichkeit, mit den neuesten Errungenschaften der Medizin Schritt zu halten.

Dennoch bleibt der praktische Arzt unentbehrlicher Vermittler zwischen dem kranken Menschen, dessen persönliches Vertrauen er genießt, und der Spezialisten. Die Expertengruppe der Weltgesundheitsorganisation erinnert daran, daß der Patient nicht nur ein "medizinischer Fall" ist, sondern ein Mensch mit einem Beruf, einer Familie und mancherlei Sorgen. Ferner erweist sich, daß gerade die Erfahrungen des Hausarztes viel zur Lösung medizinischer Probleme beitragen können, da er den Krankheitsverlauf von Anfang an und in seiner natürlichen Umgebung beobachtet. Jüngere wurden die verheerenden Folgen des Thalidomid (oder Contergan) nicht von einem Spezialisten, sondern von einem Praktiker entdeckt!

Um seine Kenntnisse ständig wieder aufzufrischen, regt die Expertengruppe die Schaffung besonderer Fortbildungsinstitute für praktische Ärzte an. Auch würde mit der Team-Arbeit, das heißt durch die Zusammenarbeit von zwei oder drei Ärzten, gute Erfahrungen gemacht. Wenn die ärztliche Betreuung der Bevölkerung nicht schweren Rückschlägen ausgesetzt werden sollte, darf der in Wirklichkeit unentbehrliche Hausarzt nicht "zum alten Eisen" geworfen werden.